

Mehr

Demokratie!

Jetzt!

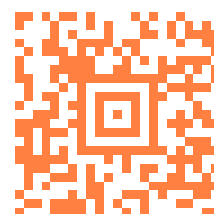
Wer wir sind und was wir wollen ...



Unser Programm
für ein soziales, vielfältig buntes
Bielefeld
zur Kommunalwahl 2014

verabschiedet von der Mitgliederversammlung

am 4. März 2014



Wählergemeinschaft *BÜRGERNÄHE* e.V

Wertherstraße 30a, 33615 Bielefeld

Tel: 0521 33 27 36

info@buergernaehede

www.buergernaehede

Spendenkonto:

Sparkasse Bielefeld, BLZ: 480 501 61

Konto-Nr.: 610 254 66

Email: buergernaehede-rat@t-online.de

Inhalt

1	Wer wir sind und was wir wollen.....	2
2	Engagement für Demokratie	2
2.2	Kulturelles und soziales Engagement fördern!	3
2.3	Sicherheit ohne Ausgrenzung.....	3
3	Kommunale Finanzen	3
3.1	Städtischer Haushalt.....	4
4	Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern	4
4.1	Der BürgerInnenhaushalt: transparente öffentliche Finanzen und Strukturen.....	4
4.2	Die Jugend beteiligen.....	5
5	Soziales und Bildung	5
5.1	Attraktive Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche	6
5.2	Schulen in Bielefeld zukunftsfähig machen.....	6
5.3	„Eine Schule für alle“	6
5.4	Ausbildung fördern	7
6	Energie	7
7	Mobilität.....	8
7.1	Vorrang für FußgängerInnen, RadfahrerInnen, Bus und Bahn	9
7.2	Ökologischer, barrierefreier und stadtverträglicher ÖPNV	10
8	Stadtentwicklung – Leben und Arbeiten in der Stadt.....	11
8.1	Wohnraum muss bezahlbar bleiben!	11
8.2	Der Jahnplatz: ein attraktiver und effektiver Verkehrsknoten für alle!.....	12
8.3	Der Kesselbrink: Ein Traum wird wahr – ein Beispiel von gelungener Bürgerbeteiligung	13
8.4	Masterplanung fortführen!	13
8.5	Der Bahnhofplatz als Verknüpfungspunkt für ÖPNV und SPNV	14
8.6	Perspektiven für den Containerbahnhof.....	14
9	Natur, Umwelt, Klima.....	15
9.1	Natur erhalten.....	15
9.2	Freiflächen schonen	15
9.3	Kein Bielefelder Klärschlamm auf landwirtschaftliche Flächen!.....	16
10	Tierschutz.....	16
10.1	BÜRGERNÄHE unterstützt das Bündnis "Bielefeld Pelzfrei"	17
11	Historisches erhalten und entwickeln.....	18

1 Wer wir sind und was wir wollen

BÜRGERNÄHE ist eine unabhängige und überparteiliche WählerInnengemeinschaft in Bielefeld und ist seit 2004 im Bielefelder Stadtrat vertreten.

Im Mittelpunkt unseres politischen Handelns steht die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Bielefelder Kommunalpolitik. Das Handeln und Abstimmverhalten unserer politischen Vertreterinnen und Vertreter im Rat und den Stadtbezirken sollen transparent, die Motive erkennbar sein.

Unser Ziel ist ein lebens- und liebenswertes Bielefeld. Unsere Vision ist eine sozial und ökologisch orientierte Stadtgesellschaft, die wichtige Zukunftsprojekte, wie die Herausforderungen des demographischen Wandels, die Mobilitätswende, die ökologische Energieversorgung der Stadt sowie ein zukunftsfähiges und inklusives Bildungssystem gemeinsam angeht und umsetzt. Unsere Stadt soll für die Bürgerinnen und Bürger ebenso attraktiv sein wie für Wissenschaft und Wirtschaft.

2 Engagement für Demokratie

BÜRGERNÄHE unterstützt das „Bielefelder Bündnis gegen Rechts“. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, rechtsextremen Gruppierungen entschieden entgegenzutreten. Nazis dürfen keinen Raum bekommen, um rechtsextreme und fremdenfeindliche Parolen zu verbreiten. Darüber hinaus unterstützen wir aktiv die Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen rechte Tendenzen in unserer Stadt. Unsere Ablehnung richtet sich aber genauso gegen diejenigen, die im Namen ihrer Religion versuchen, unsere demokratischen Rechte für die Verbreitung von Intoleranz oder gar Hass zu missbrauchen.

Die islamischen Gemeinden in unserer Stadt werden immer wieder zu Zielscheiben rechtsradikaler Gruppierungen, genauso wie das ArbeiterInnen-Jugendzentrum Bielefeld AJZ. Diesen Einrichtungen sichern wir unsere uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung zu.

Bielefelder Straßen tragen immer noch Namen von Personen, die Mitverantwortung für das politische System der Naziherrschaft trugen. Wir treten dafür ein, das Stadtarchiv zu beauftragen, eine Liste von solchen Straßen zu erstellen, um die Ehrung dieser Leute beenden zu können. Bei Umbenennungen von Straßen sollen die Anwohnerinnen und Anwohner beteiligt werden.

2.2 Kulturelles und soziales Engagement fördern!

Die vielfältigen kulturellen, sozialen und sportlichen Aktivitäten in Bielefeld machen unsere Stadt bunt und lebenswert. Sie werden erhalten durch Unterstützung und Engagement von uns allen, aber auch durch die finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Bielefeld. Finanzielle Kahlschläge, die z.B. den Erhalt des Bunker Ulmenwalls gefährden, machen wir nicht mit. Die Stadt muss in Zukunft ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, damit die vielfältigen Angebote erhalten bleiben. Auch Sportvereine ermöglichen Integration und soziales Miteinander. Sie bieten allen Altersgruppen, vor allem der Jugend, die Möglichkeit, einer sinnvollen und gesunden Freizeitbeschäftigung nachzugehen und beugen nachweislich Süchten vor. Sie sind ein unverzichtbarer Ausgleich zum Sitzen in Schule, Büro, vor dem TV, dem PC und vor der Spielkonsole. Hier gilt aus Sicht von BÜRGERNÄHE: Keine Kürzungen sondern vollständiger Verbleib der Sportpauschale für den Vereinssport!

2.3 Sicherheit ohne Ausgrenzung

Jede Bielefelderin und jeder Bielefelder soll sich im öffentlichen Raum sicher fühlen können. Statt Video-Überwachung problembelasteter Bereiche treten wir für eine intensivere Präsenz und Betreuung durch geschultes Personal ein. Vertreibung sogenannter Problemgruppen durch Ordnungskräfte aus dem öffentlichen Raum, wie zum Beispiel an der Bielefelder "Tüte", lehnen wir entschieden ab, da dieses Vorgehen die offensichtlichen Probleme nur verlagert und weitere "Ungedenden" erzeugt, in die ausgewichen wird. Statt simpler "Law-and-Order"- Politik fordern wir ausreichende Mittel für Attraktivitätsverbesserungen und intensivere Quartiersbetreuung, um durch mehr soziale Kontrolle den AnwohnerInnen das notwendige Sicherheitsgefühl zu vermitteln.

3 Kommunale Finanzen

Wir fordern für die Städte und Gemeinden von der Bundes- und Landesregierung eine ausreichende Finanzierung für dringende Sozialaufgaben und eine gerechtere Verteilung von Bildungschancen. Alle verantwortungsvollen KommunalpolitikerInnen, insbesondere die der etablierten Parteien, sind verpflichtet, sich über ihre politischen Netzwerke in der Landes- und Bundespolitik dafür einzusetzen.

3.1 Städtischer Haushalt

Klarheit, Wahrheit und Übersichtlichkeit sind für BÜRGERNÄHE die Grundsätze unseres städtischen Haushaltes. Die Finanzlage unserer Stadt muss in allgemein-verständlicher Form offengelegt werden. Das Gleiche gilt für die Beteiligungen der Stadt Bielefeld an allen Wirtschaftsunternehmen (Flughafen Paderborn, MVA Bielefeld, Stadtwerke Bielefeld, BGW u. a.).

In den Kommunen findet das alltägliche wirkliche Leben der Menschen statt.

Wir werden uns auch weiterhin für den Erhalt unserer sozialen Infrastruktur, wie z.B. städtische Beratungsstellen, Verbraucherberatung, Drogen- und Sozialberatung sowie einer wirksamen finanziellen Förderung freier Einrichtungen, wie den Jugendzentren, der Bürgerwache oder den Bunker Ulmenwall einsetzen. Kürzungen allein werden den finanziellen Notstand der Stadt nicht lösen.

Weiteren substanziellen Einsparungen bei den freien Wohlfahrtsverbänden werden wir entschieden entgegenreten.

Ebenso muss die Einnahmesituation auf kommunaler Ebene verbessert werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Gewerbesteuererhöhungen nicht tabuisiert werden.

Überflüssige und teure Planungen, wie für den unzeitgemäßen Neubau der Herforder Straße und der Grafenheider Straße müssen sofort eingestellt werden.

4 Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Wir fördern und unterstützen das Engagement von BürgerInnen-Initiativen. Wir setzen uns für mehr direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an städtischen Planungen und Entscheidungen, insbesondere auch am städtischen Haushalt ein. Wir wollen den Bielefelder „BürgerInnenhaushalt“ einführen, in dem die Bürgerinnen und Bürger über die städtischen Ausgaben und Investitionen mitentscheiden können.

4.1 Der BürgerInnenhaushalt: transparente öffentliche Finanzen und Strukturen

Angesichts der leeren kommunalen Kassen ist der Haushaltsentwurf eine heikle politische Angelegenheit. Weil es dabei immer zu Interessenskonflikten kommt, will BÜRGERNÄHE den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten zur Beteiligung an den Haushaltsplanungen einräumen.

Gemeinsam mit Politik und Verwaltung sollen die erforderlichen Schritte für einen „Bielefelder BürgerInnenhaushalt“ entwickelt werden. Hauptziel ist es, über den Haushalt umfassend und verständlich zu informieren, die Bevölkerung für das komplexe Thema zu sensibilisieren, die Haushaltsberatungen durch gute Ideen, Erwartungen und Vorschläge aus der Bürgerschaft anzureichern und durch die Rückmeldung nach dem Entscheidungsprozess im Stadtrat Transparenz zu schaffen.

Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollen über alle größeren öffentlichen Investitionen mitentscheiden können, so wie es bereits in anderen Städten praktiziert wird. Dadurch wird das Interesse der Bevölkerung für haushaltsrelevante Fragen gesteigert und die Zufriedenheit der Einwohnerinnen und Einwohner mit der Kommunalpolitik erhöht.

4.2 Die Jugend beteiligen

Durch die Einrichtung eines Jugendstadtrates wollen wir Jugendlichen mehr Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung in unserer Stadt eröffnen. Im Jugendstadtrat können Jugendliche praktisch die Handlungsmöglichkeiten in einer Demokratie erfahren und erproben. Im Gespräch unter Jugendlichen werden deren Wünsche, Vorstellungen, Forderungen und Probleme direkt erörtert und Lösungen auf kommunaler Ebene erarbeitet. Wir sehen in der Einrichtung eines Jugendstadtrates eine gute Möglichkeit dafür, dass die Anliegen der Jugendlichen besser gehört werden.

5 Soziales und Bildung

Wir setzen uns dafür ein, den Auswirkungen der „Agenda 2010“ auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken. Wir wollen Beschäftigungsverhältnisse mit uneingeschränkten Rechten und voller sozialer Sicherung. Wir akzeptieren keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zweiter Klasse.

Wir setzen uns ein für die Bereitstellung bedarfsorientierter Transferleistungen, insbesondere für Kinder, denn die Kinderarmut wächst auch in Bielefeld stetig. Aber auch die erwachsenen LeistungsbezieherInnen und gering Verdienenden müssen finanziell in der Lage sein, am kulturellen und sozialen Leben teilzunehmen, um Ausgrenzung und Isolierung vorzubeugen. Der Bielefeld-Pass ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir setzen uns ein für die Verbesserung der Lebenssituation von allein erziehenden Frauen und Männern sowie der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

5.1 Attraktive Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

BÜRGERNÄHE will Kindern und Jugendlichen sinnvolle und attraktive Freizeitbeschäftigungen in der Stadt und der freien Natur bieten. Öffentliche Spiel- und Sportstätten für Kinder und Jugendliche sollen bei Bedarf von Streetworkerinnen und Streetworkern betreut werden. Wichtig ist der Erhalt von Jugendzentren sowie deren Ausstattung mit angemessenen Finanzmitteln und ausreichendem Personal, damit sie erfolgreich arbeiten können.

BÜRGERNÄHE setzt sich für selbstverwaltete Jugendzentren ein, in denen Jugendliche Verantwortung übernehmen und Demokratie leben können, um somit dem Einfluss radikaler Gruppierungen entgegenzuwirken.

Wir sind entschieden für den Erhalt und die finanzielle Unterstützung von kostenlosen und kostengünstigen Freizeiteinrichtungen in Bielefeld. Der von BÜRGERNÄHE unterstützte BürgerInnenentscheid zum Erhalt des Freibades in Gadderbaum hat gezeigt, dass den BielefelderInnen diese Freizeitangebote am Herzen liegen und sie diese zu ihrer Erholung brauchen und erhalten wollen.

5.2 Schulen in Bielefeld zukunftsfähig machen

Wir setzen uns für Gemeinschafts- und Ganztagschulen ein, die allen Kindern, gleich welcher sozialen und ethnischen Herkunft, alle Bildungswege offen halten und jedem Kind eine kostenlose warme Mahlzeit bieten.

5.3 „Eine Schule für alle“

BÜRGERNÄHE unterstützt die Bielefelder Initiative „Eine Schule für alle“ und die Initiative für eine Primus-Schule in Bielefeld.

In einer Primus-Schule lernen Kinder gemeinsam von der 1. bis zur 10. Klasse. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Kinder aus dieser Schulform im Rahmen ihrer Möglichkeiten den höchst möglichen Abschluss erreichen. In Finnland lernen alle Kinder vergleichbar zur Primus Schule und erreichen vordere Plätze bei Leistungsvergleichen.

Auch in der Laborschule an der Universität Bielefeld lernen Kinder seit fast 40 Jahren nach dieser Methode. Die Anmeldezahlen zeigen, dass diese Schulform von den Eltern gewünscht wird.

Durch das gemeinsame Lernen der Kinder von Klasse 1 bis 10, wird der Bruch im Lernprozess

nach der vierten Klasse durch ein frühzeitiges Aussortieren in verschiedene Schulformen vermieden. Der fächerübergreifende Unterricht sowie die Arbeit in Projekten bieten jedem Kind die Chance, im individuellen Tempo zu lernen, sich ganzheitlich mit einem Thema zu beschäftigen und das Gelernte als Erfahrung daraus mitzunehmen. Alle, auch besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, können ihr Potential voll ausschöpfen.

Wichtige pädagogische Elemente der Primus-Schule sind der gebundene Ganzttag, der einen sinnvollen Wechsel zwischen Konzentrations- und Erholungsphasen bietet. Schon heute kommen Schulen bis Klasse 8 ohne Noten aus, denn Leistungen mit Noten zu bewerten kann aus unterschiedlichen Gründen für Lernende schädlich sein, Berichte über die individuelle Lernentwicklung und die Stärken herauszustellen sind dagegen lernförderlich. An einer Primus-Schule sind alle Abschlüsse der Sekundarstufe I möglich.

Durch das ganzheitliche Lernen werden fachliche, persönliche und soziale Kompetenzen gestärkt. Kein Kind verweigert sich, wenn eine respektvolle Lernumgebung herrscht und niemand beschämt wird.

Die Leitsätze der Primus-Schule sind Wertschätzung, Toleranz, Vielfalt, Verantwortung für sich und die Gemeinschaft, der Erwerb nachhaltiger Kompetenzen und die Entwicklung der individuellen Lernbereitschaft. Sie **sollten für alle Schulen gelten!**

5.4 Ausbildung fördern

Wir setzen uns für eine Ausbildungsoffensive auf lokaler Ebene ein, um allen Jugendlichen eine Qualifizierungs- und Arbeitsplatzperspektive zu eröffnen. Hier sind vor allem die Stadtverwaltung sowie die städtischen Eigenbetriebe gefordert, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

6 Energie

BÜRGERNÄHE hat sich aktiv dafür eingesetzt, dass das Atomkraftwerk Grohnde abgeschaltet wird. Gemeinsam mit mehr als 11.000 TeilnehmerInnen haben wir mit unserem BürgerInnenbegehren ab Herbst 2010 auf einen entsprechenden Ratsbeschluss hingearbeitet. Erst nach der Katastrophe von Fukushima im März 2011 war der Stadtrat bereit, unsere Initiative zu übernehmen.

BÜRGERNÄHE ist Mitinitiator der Initiative „Bielefeld steigt aus“ (www.bielefeld-steigt-aus.de), die bis heute mit vielfältigen Aktionen und Informationen den sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie anstrebt. Die so entstandene öffentliche Diskussion hat dazu geführt, dass das

Stadtwerke-Energiekonzept erstmalig öffentlich diskutiert wurde. Wir setzen uns aktiv für die zügige Nutzung von Technologien für die dezentrale und erneuerbare Energiegewinnung ein und unterstützen regionale Energiegenossenschaften, wie z.B. die Energiegenossenschaft Herford (www.energiegenossenschaft-herford.de) in ihrer Arbeit.

BÜRGERNÄHE hat die Defizite in der Energie- und Versorgungsinfrastruktur in Bielefeld früh benannt. Wir haben durch unsere Nachfragen erreicht, dass die Stadtwerke ihr Fernwärmekonzept grundlegend überarbeitet haben. Wir fordern jetzt den zügigen Ausbau des Bielefelder Fernwärmenetzes, um weitere Altbau-Siedlungsbereiche, den gemeinnützigen Wohnungsbau und die Genossenschaftssiedlungen mit preiswerter und bezahlbarer Fernwärme versorgen zu können.

Unser Ziel ist es, Bielefeld vernetzt in OWL mit 100% erneuerbaren Energien zu versorgen und schnellstmöglich auf den Strom aus dem AKW Grohnde zu verzichten. Die Ausweisung von Vorranggebieten für Windgeneratoren auf dem Bielefelder Stadtgebiet ist für uns von besonderer Bedeutung.

Das Energiekonzept der Bielefelder Stadtwerke bedarf der ständigen Anpassung und Erweiterung mit BürgerInnenbeteiligung. Hier werden wir weiterhin konstruktiv aktiv bleiben.

Das Technische Rathaus wurde nur nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestenergiestandard gebaut. Wir möchten erreichen, dass städtische Gebäude zukünftig nach höchsten Energiestandards gebaut und modernisiert werden und ausschließlich erneuerbare Energien nutzen.

Geeignete Dachflächen der stadteigenen Gebäude sollen privaten Energieinitiativen oder Genossenschaften kostenfrei zur solaren Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

7 Mobilität

Wir arbeiten aktiv in Initiativen zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt. BÜRGERNÄHE verfolgt daher das Ziel einer weitgehend lärm- und verkehrsberuhigten Bielefelder Innenstadt.

BÜRGERNÄHE fordert daher ein Verkehrskonzept, das den Bus- und Bahnverkehr, den Fuß- und Radverkehr barrierefrei und effektiv mit dem Autoverkehr verknüpft. Der Stadtbahn kommt dabei als leistungsfähiges und komfortables Verkehrsmittel eine besondere Bedeutung zu. Möglichst viele BielefelderInnen sollen bequem und barrierefrei mobil sein können, ohne sich zur Nutzung eines Autos gezwungen zu fühlen.

7.1 Vorrang für FußgängerInnen, RadfahrerInnen, Bus und Bahn

Seit Eröffnung der Stadtbahn im Jahre 1991 haben sich die Nutzerzahlen des öffentlichen Verkehrs mehr als verdoppelt. Daran hat die Stadtbahn einen hohen Anteil, der Erfolg ist aber nur durch zahlreiche Verbesserungen wie

- die Einführung des Taktverkehrs auf fast allen Linien,
- die Einführung eines Verbundtarifes und damit die Einbeziehung der regionalen Eisenbahnstrecken in den Stadtverkehr und
- stetige Fahrplanverbesserungen

möglich gewesen. Diese Wege müssen konsequent weitergeführt werden, um eine stadtverträgliche, bequeme und kostengünstige Mobilität in Bielefeld zu gewährleisten. Deshalb wollen wir, statt einem neuen Abstellgleis für die Linie 4 im Bereich Dürkopp Tor 6, eine Taktverdichtung auf der Linie 2 bis Sieker.

Wir setzen uns ein für:

Die weitgehende Einführung von Tempo 30 km/h in der Bielefelder Innenstadt und allen Wohngebieten sowie ganztags Tempo 80 km/h auf dem innerstädtischen OWD, u.a. zur Lärminderung. Der Straßenraum soll gefahrlos gemeinsam von KFZ-, Fuß- und Radverkehr sowie RollstuhlfahrerInnen genutzt werden können. Konflikte auf den kombinierten Fuß- und Radwegen, besonders in der Innenstadt, lassen sich verringern durch:

- auch für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen ausreichend breite Fuß- und leistungsfähige Radwege, die man gern und sicher nutzt,
- eine Erweiterung von Grünzügen als autofreie Verbindungen zwischen den Stadtteilen,
- den Ausbau von sicheren Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen und Haltestellen sowie an wichtigen Stellen, wie an Einkaufszentren, um das Fahrrad als Alltagsverkehrsmittel zu fördern.

Wir wollen

- den Ausbau der Stadtbahn, wobei die Priorisierung sich danach richten soll, welche Strecken die größte Qualitätsverbesserung und die meisten Neukunden bringen. Ebenso muss die Planung transparent sein. Die Vorteile müssen für den BürgerInnen nachvollziehbar sein,
- die Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 nach Jöllenbeck. Sie soll mit dem Ziel einer deutlichen Verkehrsentlastung der Jöllenbecker Str. und einer verbesserten Busanbindung für die betroffenen Stadtteile weiter geplant werden,
- einen Planungsstopp für neue Straßen wie die L712n, den Neubau der Herforder und der

Grafenheider Straße sowie der Ortsumgebung Ummeln. Der Bau von neuen Straßen ist abgeschlossen,

- die Förderung der Stadtteilzentren, um Einkaufsmöglichkeiten im näheren Wohnumfeld zu erhalten oder neu zu schaffen, um dadurch heute erzwungene Mobilität zu vermeiden. Gleichzeitig wird damit der soziale Isolation alter und behinderter MitbürgerInnen entgegen gewirkt, für die der tägliche Einkauf im Viertel eine wichtige soziale Kontaktmöglichkeit darstellt.

7.2 Ökologischer, barrierefreier und stadtverträglicher ÖPNV

Wir befürworten den geplanten Bau der Linie 5 Heepen – Sennestadt. Die weitere Planung muss transparent, die Vorteile müssen für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein. Sonst besteht die Gefahr, dass der ÖPNV-Ausbau in Misskredit gebracht wird. Der jetzige Planungsstand legt fest, dass die Linie 5 die nächste Baumaßnahme sein wird. Auch ist die Systemfrage (Niederflur) bereits geklärt. Wir wollen die sich heute bietenden Chancen, das Wohnumfeld in den Stadtteilen und in der Innenstadt (Jahnplatz) zu verbessern, nutzen. Insbesondere muss die weitere Planung sicherstellen, dass keine unzumutbaren Eingriffe in Wohngebiete stattfinden und keine neuen Umsteigezwänge für NutzerInnen entstehen. Eine Straßenbahn durch das Wohngebiet „Auf dem langen Kampe“ wird es mit uns nicht geben, weil uns u.a. die Lärminderungsplanung verpflichtet, bisher noch ruhige Wohngebiete zu schützen!

Die Zugangsstellen des öffentlichen Verkehrs – Haltestellen, Bahnhöfe – müssen attraktiv gestaltet und barrierefrei sein und zum Benutzen der Busse und Bahnen einladen. BÜRGERNÄHE wird sich dafür einsetzen, dass insbesondere die Bielefelder Bahnhöfe, die sich teilweise in einem jämmerlichen Zustand befinden (z.B. Brackwede, Windelsbleiche), städtebaulich aufgewertet werden. Insbesondere am Bahnhof Brackwede besteht dringender Handlungsbedarf.

Der zunehmende Fernbusverkehr soll künftig wieder zum Hauptbahnhof geführt werden, so dass dort ein Verknüpfungspunkt zur Eisenbahn besteht. Nur am Hauptbahnhof ist die notwendige Infrastruktur mit ausreichender sozialer Kontrolle, sanitären Einrichtungen und Restaurantbetrieben 24 Stunden lang wirtschaftlich sicherzustellen.

Wir treten dafür ein, dass die Stadtbahn so schnell wie möglich mit 100% Ökostrom betrieben wird!
Wir wollen mehr Fahrgäste für die Stadtbahn, aber ohne weiteren Atommüll zu produzieren.

Die Hauptverkehrsstraßen sollen lärmberuhigt und luftschadstoffärmer werden. Anliegende Wohnstraßen sollen zugunsten des Schutzes der AnwohnerInnen und der Verpflichtung zur Lärminderung besonders geschützt werden.

Wir wollen durch eine sorgfältige Planung sicherstellen, dass die Bus- und Bahnverbindungen möglichst vielen Fahrgästen eine wohnungsnahe Haltestelle bieten.

8 Stadtentwicklung – Leben und Arbeiten in der Stadt

8.1 Wohnraum muss bezahlbar bleiben!

Auch in Bielefeld ist seit längerem der Trend erkennbar, dass Wohnraum in der Innenstadt immer teurer wird. Neben steigenden Kosten beschleunigen auch Spekulation und Investitionsdruck der Kapitaleigner dieses Problem. Prestigeprojekte, wie zum Beispiel der geplante Ankerkomplex, befördern soziale Segregation und dürfen deshalb keinen Vorrang vor sozialem Wohnungsbau genießen.

Unsere Stadt: sozial, vielfältig und bunt!

BÜRGERNÄHE will, dass die Stadt Bielefeld mit einer sozial gerechten Wohnungsbaupolitik dazu beiträgt, dass Menschen unterschiedlicher Schichten und Herkunft auch zukünftig gemeinsam in ihren Stadtvierteln leben können. Dazu gehört ein innerstädtischer sozialer Wohnungserhalt und -neubau genauso, wie eine sozial ausgewogene Nutzung stadteigener Immobilien. In einer zukunftsfähigen Stadt ist die Entwicklung von neuen Stadtvierteln gemeinsam mit allen dort bereits ansässigen Gruppierungen zu planen und zu realisieren.

BÜRGERNÄHE hat bei der Entscheidung über den Verkauf des Ankerkomplexes als einzige politische Gruppe sozial orientierte Positionen vorgetragen und wird dies auch weiterhin tun! Wir haben uns als einzige politische Partei im Stadtrat dafür eingesetzt, dass beim Verkauf von städtischen Immobilien, wie dem Ankerkomplex, statt teurer Lofts kostengünstige Wohnungen geschaffen werden, die auf die Bedürfnisse von Familien und älteren Menschen zugeschnitten sind.

Wir treten dafür ein, dass städtische Gebäude, z.B. die ehemalige Stadtbibliothek im Wilhelmstraßenquartier, und die durch den Abzug der britischen Streitkräfte frei werdenden Wohnungen und Bauflächen im Interesse einer sozialen Durchmischung zu Wohnraum ausgebaut bzw. saniert werden, der sich an den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen orientiert!

Wir sind für den Erhalt und die Pflege städtischer Grundstücke und Immobilien, um neue finanzielle Abhängigkeiten durch die kostspielige Anmietung von Gebäuden, wie z.B. das

Amerikahaus für die Stadtbibliothek und Räume für die Stadtverwaltung zu verhindern und die kommunale Planungs- und Nutzungshoheit zu erhalten. Einem Verkauf von städtischen Gebäuden wird Bürgernähe zukünftig nur in ganz besonderen Einzelfällen zustimmen. Städtische Gebäude sollen stattdessen für bezahlbaren Wohnraum für sozial schwache Bürgerinnen und Bürger energetisch saniert und modernisiert werden.

Mit der Unterstützung von Initiativen wie „Transition Town“ kann den Bewohnerinnen und Bewohnern die kleinräumige, gärtnerische Nutzung von städtischen Grundstücken angeboten werden (urbaner Gartenbau). Diese Nutzung gewinnt aufgrund des urbanen Bevölkerungswachstums, der Reduktion landwirtschaftlicher Anbauflächen als Folge des Klimawandels und durch die Flucht aus ländlichen Regionen in unsere Stadt, insbesondere auch für Beschäftigungslose und zur Armutsbekämpfung, zunehmend an Bedeutung.

Wir unterstützen die städtischen Planungen im Rahmen des Programms Stadtumbau West und fordern ausreichend Mittel, um die Konzepte vollständig und nachhaltig umsetzen zu können. Die Stadtteilzentren Sennestadt, Stieghorst und Baumheide bedürfen dringend gründlicher Wohnumfeldverbesserungen.

8.2 Der Jahnplatz: ein attraktiver und effektiver Verkehrsknoten für alle!

Bei gleichberechtigter Nutzung des Jahnplatzes durch den Fuß-, Rad-, Autoverkehr und ÖPNV soll dieser Platz in der Mitte unserer Innenstadt als öffentlicher Raum eine neue Qualität bekommen. Der Jahnplatz soll für die BürgerInnen wieder als Platz nutzbar werden. Seine heute trennende Wirkung soll sich spürbar verringern.

Wir schließen uns der Erkenntnis von Experten an, dass die Verringerung des Autoverkehrs z.B. auf der Herforder Straße eine Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung des Wilhelmstraßenquartiers und die Anbindung des Kesselbrinks an die Innenstadt ist. Der Autoverkehr soll zukünftig mit Tempo 30 über den Jahnplatz fahren können. Das Parkplatzangebot der privaten Anbieter und der Stadt soll weiterhin nutzbar, notwendige Lieferverkehre möglich bleiben.

8.3 Der Kesselbrink: Ein Traum wird wahr – ein Beispiel von gelungener Bürgerbeteiligung

Bereits seit 2003 beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe von BÜRGERNÄHE mit der Neugestaltung des Kesselbrinks. In mehreren Abendveranstaltungen und Expertenrunden wurden in überparteilichen Arbeitsgruppen die vielen Anforderungen und Ideen ganz konkret zusammengetragen. Das Kesselbrink-Projekt ist der sichtbare Beweis für die richtige Politik von BÜRGERNÄHE. Es zeigt, wie wichtig und gewinnbringend eine intensive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei Fragen der Stadtentwicklung ist. Der hier zum Ausdruck gebrachte BürgerInnenwille war stark genug, um auch politische BedenkenträgerInnen zu überzeugen. BÜRGERNÄHE geht davon aus, dass sich nach Fertigstellung der umliegenden Verkehrsflächen der Kesselbrink als deutlicher Gewinn sowohl für die Gewerbetreibenden, als auch für das gesamte Quartier herauskristallisieren wird.

8.4 Masterplanung fortführen!

BÜRGERNÄHE forciert jetzt als einzige politische Initiative im Bielefelder Stadtrat die Fortführung des Masterplans für die Bielefelder Innenstadt. Wir finden es wichtig, die verschiedenen Lebensbereiche der Bewohnerinnen und Bewohner unter den Aspekten Wohnen, Arbeiten, Lernen, Einkaufen und Freizeit im öffentlich geführten Dialog gemeinsamen zu planen und zu entwickeln. Nur unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zusammen mit Experten und Interessengruppen kann ein zukunftsfähiges, an den Bedürfnissen von möglichst vielen BielefelderInnen orientiertes Stadtentwicklungskonzept gelingen. Auch wenn bei den etablierten Parteien immer noch die Bereitschaft fehlt, etwas von ihrer „Macht“ abzugeben und sich auf mehr BürgerInnenbeteiligung einzulassen: große Projekte wie der Kesselbrink zeigen, wie gewinnbringend gemeinsame Anstrengungen sein können.

Strategische Stadtentwicklung statt Flickschusterei

Wir können und sollten es uns nicht leisten, dass die Bielefelder Stadtentwicklung weiterhin fast ausschließlich durch Einzelprojekte von Architekten- und Investorengruppen bestimmt wird. Der „Warnschuss“ der Investoren MFI und ECE für gleich zwei neue Shopping Center in der Bielefelder Innenstadt darf nicht einfach ignoriert und vergessen werden! Die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Wohnen, Arbeiten und mehr Lebensqualität bleiben eine große Herausforderung für die Konkurrenz- und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt!

Der Masterplan soll alle städtebaulichen Maßnahmen als Gesamtkonzept in eine strategische

Stadtentwicklung einbinden. Denn auch Investoren brauchen die in einem Masterplan erarbeiteten Perspektiven und Anreize, um in die Bielefelder Stadtentwicklung ohne große Hürden und Unsicherheiten investieren zu können.

8.5 Der Bahnhofplatz als Verknüpfungspunkt für ÖPNV und SPNV

Unser Hauptbahnhof ist ein zentraler Knotenpunkt, an dem sich Fern- und Nahverkehrssysteme treffen. Die Umsteigesituation am Bielefelder Hauptbahnhof ist jedoch unbefriedigend: Zur Stadtbahn ist ein langer, ungeschützter Weg zurückzulegen, die Busse halten an vielen verschiedenen Haltestellen auf einem großen Platz, der zudem Taxistellplätze enthält und von der Bahnhofstraße durchschnitten wird.

Der neue Bahnhofplatz soll

- einen sicheren, bequemen und wettergeschützten Zugang zur Stadtbahn und zu den Bussen sowie Taxistellplätze in ausreichender Zahl bieten.

Wir schlagen vor, die Bahnhofstraße direkt am Leinenmeisterhaus entlang zu führen und damit aus dem eigentlichen Platz herauszuhalten. Der Busparkplatz soll an einem geeigneten Ort in Bahnhofsnähe liegen. Die Bussteige sollen übersichtlich angeordnet werden. Eine Übersichtstafel soll über die Busabfahrten informieren. Dies ist in anderen Städten längst Standard. So entsteht genug Platz, um auch eine Fernbushaltestelle am Hauptbahnhof zu platzieren.

8.6 Perspektiven für den Containerbahnhof

Der Containerbahnhof Bielefeld wurde im Zuge der „MORA-C“- genannten Angebotsumstrukturierung des Güterverkehrs der DB aufgegeben. Seitdem befindet sich an der Wilhelm-Bertelsmann-Str. eine riesige Brache mit funktionsfähigem Gleisanschluss. Ein Versuch in den letzten Jahren, mit Hilfe von Speditionen den Güterverkehr wieder zu beleben, scheiterte an der fehlenden Kooperation der Bahn mit der Stadt Bielefeld.

Wir möchten dieses Gelände zukünftig als wohnortnahes Gewerbegebiet für Nutzer mit Interesse an einem Gleisanschluss entwickeln. Dies können Speditionen sein, aber auch Firmen, die einen Gleisanschluss benötigen. Es ist uns bewusst, dass eine Wiederbelebung des Containerbahnhofs nur in Zusammenhang mit einem Logistikkonzept für künftige Nutzer möglich ist. Regionale Eisenbahnverkehrsunternehmen sollen beteiligt werden.

9 Natur, Umwelt, Klima

Wir wollen unsere Bielefelder Naturräume bewahren. Unser Wald, zahlreiche Auen, Feuchtwiesen und Niederungen sind ökologisch wertvolle Biotope, die u. a. auch den immer wichtiger werdenden Hochwasserschutz übernehmen.

9.1 Natur erhalten

Die Johannisbachaue soll endlich unter Naturschutz gestellt werden. Sie gehört zu den wenigen noch verbliebenen größeren innerstädtischen Naturräumen. An ihrem mäandrierenden Lauf hat sich ein artenreiches Biotop entwickelt, für dessen Schutz wir uns weiterhin einsetzen werden. Im weiteren Verlauf der Aue finden wir weite Feuchtwiesen als natürliche Überflutungsflächen bei Hochwasser. Deren Nutzen hat sich gerade bei den letzten Starkregenereignissen deutlich gezeigt. Wir fordern daher, die Johannisbachaue als Ganzes und ohne bauliche Ausnahmen, beispielsweise durch den Neubau von Herforder oder Grafenheider Straße, unter Naturschutz zu stellen!

Im Zusammenhang mit dem Naturschutzgedanken sind wir gegen den Bau eines „Untersees“ in der Johannisbachaue. Denn hierdurch würde zwangsläufig durch kommerzielle Nutzungen der Charakter dieses einmaligen Naturraumes im Bielefelder Osten für immer verlorengehen.

Wir setzen uns auch dafür ein, den Strothbachwald in Sennestadt unter Schutz zu stellen. Denn es handelt sich hier um ein Gebiet, das neben seinem alten Mischwaldbestand mit Buchen und Eichen insbesondere eine seltene, schützenswerte Tierwelt beherbergt. Ein Abholzen würde zu einem unwiederbringlichen Verlust dieses Lebensraums führen, welcher auch nicht durch Anpflanzung von Ersatzflächen o. ä. kompensiert werden kann.

Die Baderbachaue in Heepen soll im Bestand erhalten bleiben. Der skandalösen Politik der Bezirksvertretung Heepen, Freiflächen der Aue entgegen den Empfehlungen des Umweltamtes sowie des Landschaftsbeirates als Bauland ausweisen zu lassen, stellen wir uns entschieden entgegen.

9.2 Freiflächen schonen

Wir treten dafür ein, wertvollen Ackerboden nicht weiter für Gewerbeflächen zu zerstören. Statt nachhaltige Kreislaufwirtschaft („Cradle to Cradle“) zu fördern, opfern die etablierten Bielefelder Parteien hektarweise Ackerflächen, u.a. für den Umzug von Autohäusern aus der Stadt auf die grüne Wiese.

Wir fordern die Erschließung der Bielefelder Gewerbebrachen gerade in der Innenstadt, um weiteren Flächenfraß zu vermeiden und die vorhandene Verkehrsinfrastruktur effizient zu nutzen. Wir befürworten deshalb auch ausdrücklich die Ziele des Landesentwicklungsplans 2013 der Landesregierung NRW.

Weiteren Baulandausweisungen für Wohnsiedlungen an den Stadträndern stehen wir kritisch gegenüber, um die Folgen von Zersiedelung, zunehmendem Verkehr, steigenden Kosten durch städtische Versorgungsinfrastruktur und weiten Schulwegen für die Kinder zu vermeiden.

9.3 Kein Bielefelder Klärschlamm auf landwirtschaftliche Flächen!

BÜRGERNÄHE tritt dafür ein, dass Bielefelder Klärschlamm nicht länger auf landwirtschaftlichen Flächen in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt aufgebracht wird, sondern ortsnah in Bielefeld energetisch verwertet wird. Die Energieerzeugung aus Klärschlamm ist die deutlich umweltfreundlichere Verwertungsart. Zudem gibt es bereits Technologien, mit denen man Phosphat aus Klärschlamm oder Asche zurück gewinnen kann. Es ist völlig widersinnig, dass in Kläranlagen mit einem hohen Aufwand versucht wird, einige Schadstoffe aus dem Abwasser zu entfernen, jedoch anschließend über den Klärschlamm ein Gemisch von weithin unbekanntem Schadstoffen und Keimen unnötigerweise wieder großflächig auf landwirtschaftliche Böden zu verteilen, auf denen Nahrungs- und Futtermittel produziert werden. Rund 16 Prozent der Abfälle in Kläranlagen sind mit multiresistenten Keimen belastet. Zu BSE-, Ehec-Zeiten und bei Tierseuchen hatte man als möglichen Kontaminierungsweg den Klärschlamm vermutet. Hierin befinden sich u.a. sowohl Schwermetalle wie Blei und Cadmium als auch PCB und Dioxine. Weiterhin jedoch auch Rückstände aus Medikamenten sowie diverse Hormone. Es ist ein Skandal, dass im Bielefelder Umweltausschuss alle Bielefelder Parteien, außer BÜRGERNÄHE, der Grünen Umweltdezernentin folgten und aus rein finanziellen Vorteilen (200.000€) auch zukünftig dem Export unseres „Giftcocktails“ in die Neuen Bundesländer zustimmten.

10 Tierschutz

BÜRGERNÄHE hat mit einer Initiative im Umweltausschuss der Stadt Bielefeld dafür gesorgt, dass anreisende Zirkusbetriebe erst nach einer Überprüfung vom Veterinäramt eine Standortgenehmigung erhalten. Leider hat die Mehrheit der Bielefelder Ratsparteien immer noch Befürchtungen, in einen gesetzlichen Konflikt mit dem Recht auf freie Berufsausübung zu geraten, wenn sie Zirkussen mit Wildtieren den Standort grundsätzlich versagen. Andere Städte sind

diesbezüglich schon viel weiter, beispielsweise Köln, wo seit geraumer Zeit keine exotischen Tiere mehr in Zirkussen zur Schau gestellt werden dürfen.

Wir nehmen den Tierschutz ernst und wollen zukünftig keine Standgenehmigungen für Zirkusse mit Wildtieren! Wir fordern daher die Bielefelder Parteien auf, sich zu dem im Grundgesetz verankerten Tierschutz zu bekennen, um weitere Tierquälerei auf unseren Veranstaltungsplätzen in Bielefeld zu verhindern! Wir fordern von der Stadt Bielefeld die Anwendung rechtssicherer Mittel gegen Ansprüche der fahrenden Zirkusbetriebe sowie eine Anpassung der örtlichen Benutzungsordnungen der städtischen Flächen.

Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass die ökologische Qualität unserer Gewässer so weit verbessert wird, dass Tiere dort artgerecht leben können. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass es biologisch umgekippte Morastflächen, wie z.B. in den Stauteichen im Bielefelder Osten, in Zukunft nicht mehr geben wird.

Weiter werden wir uns dafür einsetzen, dass bei einer evtl. Entsendung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger in ein zuständiges politisches Gremium ein Mitglied einer Tierschutzgruppe in die zuständigen Gremien gewählt wird.

10.1 BÜRGERNÄHE unterstützt das Bündnis "Bielefeld Pelzfrei"

BÜRGERNÄHE lehnt die weltweite Herstellung und Vermarktung von Pelzprodukten zu billigen Modeartikeln ab. Diese führt zu grausamen Tierquälereien, da eine artgerechte Haltung oder Nutztierwirtschaft die massenhafte Nachfrage an Tierfellen nicht decken kann.

Massive Proteste sowie umfassende Information und Aufklärung der Verbraucher haben immerhin dazu geführt, dass viele große Handelsketten ihre Verantwortung erkannt und diese Produkte bereits aus dem Handel genommen haben. Jetzt sehen wir in Bielefeld den inhabergeführten Einzelhandel in der Pflicht, ebenfalls Pelzprodukte und Modeartikel mit Pelzen aus ihrem Sortiment zu nehmen. Gerade für die Altstadtkaufleute wird es in Zukunft ein Qualitätsmerkmal sein, bewusst auf Pelz zu verzichten und ihre anspruchsvolle Kundschaft darüber zu informieren.

Wir unterstützen daher die Initiative "Bielefeld-Pelzfrei", die auf Missstände hinweist und die Kundschaft vor Ort informiert. Wir rufen die Kaufmannschaft in Bielefeld auf, den Verkauf von Pelzprodukten in ihren Filialen einzustellen und sich dem Bündnis "Bielefeld Pelzfrei" anzuschließen!

11 Historisches erhalten und entwickeln

Unsere AG „Geschichte“ hat aktiv an der Aufwertung der Sparrenburg mitgearbeitet. Es wurden Konzepte entwickelt, um die Burg für Besucher attraktiver zu gestalten und somit den BürgerInnen ein anschaulicheres Bild dieser historischen Anlage zu vermitteln und es ihnen lebendig nahezu bringen. Wir werden uns mit der AG „Geschichte“ auch weiterhin um historische Themen kümmern, um den BürgerInnen die heimische Geschichte näher zu bringen. Dazu gehört u.a. auch, dass sich BÜRGERNÄHE für die Einrichtung eines „Bielefelder Fahrradmuseums“ einsetzen wird.

Bielefeld, im März 2014

Wählergemeinschaft **BÜRGERNÄHE** e.V

Wertherstraße 30a, 33615 Bielefeld

Tel: 0521 33 27 36

info@buergernaehede.de

www.buergernaehede.de

Spendenkonto:

Sparkasse Bielefeld, BLZ: 480 501 61

Konto-Nr.: 610 254 66

Email: buergernaehede-rat@t-online.de

Initiativen für Bielefeld!



BÜRGERNÄHE
